



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	3
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	3
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	3
Gemeinderat Malschwitz.....	4
AfD wirkt – Bürgermeister zieht Antrag zurück!	4
Regionalgruppe Bautzen	5
Aktion zur Mitgliedergewinnung.....	5
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	6
Druckausgabe Blaue Post Bautzen.....	6
Archiv Blauer Rundbrief	6
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	7
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	7
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 12.7.2026	7
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.7.2026	9
Taiwan-Flugverbindung: Prag sticht Dresden aus	9
PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.7.2026	10
Jörg Urban im großen Sommerinterview bei Auf1	10
Meinungsfreiheit verteidigen – gegen Chatkontrolle, Meldeportale, Gesinnungs-TÜV!	10
PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.7.2026	11
CDU-Energiepolitik: Torgaus größter Arbeitgeber Mercer muss Belegschaft halbieren	11
PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.7.2026	12
US-Dollar nur für linke NGOs? Trump-Förderung sichert Meinungsfreiheit!.....	12
Dresdner „Allahu-Akbar“-Schützen verurteilen und abschieben.....	13
PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.7.2026	13



Deutsche Grenzkontrollen weiter ausbauen	13
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	14
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	14
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	14
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	14
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	15
Skandalöse Einschüchterung der stärksten politischen Kraft.....	15
Spahns Umgehung der deutschen Gesetzeslage.....	15
Ein Geheimdienst, der löschen und lancieren darf, wird zur Gefahr für die Demokratie!.....	16
CSU will fehlende Integration durch KI ersetzen.....	17
Wann ist es genug???.....	17
Deutschland braucht endlich eine echte Steuerwende!	18
307.000 Arbeitslose eingebürgert!.....	18
Migrationswende JETZT!.....	19
CDU macht Deutschland zum Spitzenreiter.....	20
Überwachungsstaat der CDU stoppen!	20
Steuern und Abgaben sofort senken!	21
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt.....	21
Warum es kein Skandal ist, dass Chrupalla die DDR-Hymne singt	21
CDU will an Verbot für Leihmutterschaft festhalten.....	21
Video-Empfehlungen	22
Informationskanäle der AfD.....	22
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	22
Radio Klartext	22
Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft.....	22
NIUS – Die Stimme der Mehrheit.....	22
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	22
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	22
Regionalgruppen im KV Bautzen.....	25
SPENDENKONTO.....	25
KONTAKT:.....	25

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Nachrichten von und mit Karsten Hilse

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.

Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen



Gemeinderat Malschwitz

AfD wirkt – Bürgermeister zieht Antrag zurück!

Dazu erklärt Fraktionsvorsitzender Steffen Lehmann:



Unsere Fraktion hatte beim Rechts- und Kommunalamt des Landkreis Bautzen – Widerspruch gegen den Kreistagsbeschluss DS 4/0039/26 - Kommunalinvestitionsbudget Sachsenfonds - Beschluss der Vereinbarung zwischen dem Landkreis und dem Sächsischen Städte und Gemeindetag e.V. und der Maßnahmenliste gemäß Kommunalinvestitionskraftstärkungsverordnung eingelegt, wie in der Presse schon zu lesen war. (1,2)

Grund unseres Widerspruchs war, dass es bis heute keinen Gemeinderatsbeschluss für die Verwendung der Sachsenfondsmittel gibt.

Durch das Rechts- und Kommunalamt wurde uns nun mitgeteilt, dass gemäß § 48 Abs. 2 SächsLKrO das Widerspruchsrecht zu

Kreistagsbeschlüssen nur dem Landrat zusteht.

Insofern ist es rechtlich nicht möglich, als Gemeinderäte gegen diesen Beschluss Widerspruch einzulegen. Weiter ging aus dem Schreiben hervor, dass der Bürgermeister Matthias Seidel, seinen Antrag „Grundschule Malschwitz“, der ohne Abstimmung mit den Gemeinderäten erfolgte, wieder zurückgezogen hat.

Nun hat der Gemeinderat wieder die Möglichkeit, gemeinsam darüber zu beraten und einen Beschluss zu finden, ob die Sachsenfondsmittel in der Gemeinde Malschwitz in Zukunft für die neue Grundschule oder neue Feuerwehrfahrzeuge eingesetzt werden.

Steffen Lehmann, Fraktionsvorsitzender

14. Juli 2026

[1] <https://www.saechsische.de/lokales/bautzen-lk/bautzen/malschwitz-afd-gegen-kreistagsbeschluss-fuer-schule-weil-sie-lieber-feuerwehren-unterstuetzen-will-7VHDUVFU7JE5XCAIOTIEXHTZHQ.html>

[2] <https://www.bautzenerbote.de/wurden-in-malschwitz-ohne-abstimmung-foerdermittel-beantragt/>

Regionalgruppe Bautzen

Aktion zur Mitgliedergewinnung

Liebe Mitglieder der Regionalgruppe Bautzen,

um in der Regionalgruppe Bautzen weitere Mitglieder zu gewinnen, verteilen wir derzeit diese Flyer. Im Innenteil befindet sich der aktuelle Mitgliedsantrag direkt zum ausfüllen.

Wer uns bei der Verteilung unterstützen möchte, meldet sich bitte zu den Öffnungszeiten im Büro Postplatz 1 in Bautzen.



So können Sie gewinnen:

Die AfD-Regionalgruppe in Bautzen und Umgebung wächst stetig. Um das zu feiern verschenken wir ein originales **AFD-Sommerpaket** an die Person, die in diesem Sommer unser **70. Mitglied** wird. Nutzen Sie dafür den schriftlichen Antrag direkt in diesem Flyer oder das Online-Formular auf afd.de/mitglied-werden.

„Helfen Sie dabei mit, unsere Heimat zu bewahren!“

Jörg Urban
Wahlkreisabgeordneter
Landesvorsitzender

Antrag einreichen:

Den ausgefüllten Antrag nehmen wir gerne während der Öffnungszeiten in unserer Geschäftsstelle in Bautzen (Postplatz 1, 02625 Bautzen) entgegen. Selbstverständlich ist auch der postalische Versand möglich. Alternativ können Sie Ihren Antrag eingescannt per E-Mail an info@afd Bautzen.de senden.

Und auch unabhängig von einer Mitgliedschaft können Sie uns unterstützen - mit einer Spende und in den Sozialen Medien:

SPENDENKONTO: AfD-Kreisverband Bautzen
DE16 8505 0300 0225 7855 52

AfD-Kreisverband Bautzen im Netz:
afd-bautzen.de
AfD-Kreisverband Bautzen bei Facebook:
[facebook.com/afd.bautzen](https://www.facebook.com/afd.bautzen)

Hinweise zum Gewinnspiel:

Die Aktion gilt für Neumitglieder, die ihren Wohnsitz in der Regionalgruppe Bautzen haben, die neben der Stadt Bautzen die Gemeinden Doberschau-Gersdorf, Großtrebnitz, Hochkirch, Kubschütz und Malschwitz und die Stadt Weißenberg umfasst. Maßgeblich für die Ermittlung des Gewinners gilt der Zeitpunkt, an dem die satzungsgemäße Aufnahme des Antragstellers erfolgt.

V.i.S.d.P.: AfD-Kreisverband Bautzen, vert. Frank Peschke, Postplatz 1, 02625 Bautzen

Gemeinsam für Deutschland:

Jetzt AfD-Mitglied werden und...

...Sommerpaket gewinnen!

AfD



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Fr	24.07.2026	19.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	JUGEND-STAMMTISCH der Generation Deutschland APEROL-ABEND Gast: Karsten Hilse Anmeldung unter: nicole.scharpe@afdbautzen.de
Do	30.07.2026	19.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	JUGEND-STAMMTISCH der Generation Deutschland 2. APEROL-ABEND Gast: Karsten Hilse Anmeldung unter: nicole.scharpe@afdbautzen.de
Mi	19.08.2026	16.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoefer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL
Fr	21.08.2026	10.00-18.00 Uhr	Kornmarkt Bautzen	INFOSTAND des AfD Kreisverband Bautzen zum Tag der Oberlausitz

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.
Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:
<https://afdsachsen.de/blaue-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:
<https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 12.7.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

im internationalen Wettbewerb verliert Deutschland immer mehr den Anschluss.

Zum einen hat unsere Wirtschaft mit einer Industrieflucht ins Ausland und mit einer wachsenden Anzahl von Insolvenzen zu kämpfen. Zum anderen rutscht unser Land zusehends in eine ausgewachsene Bildungskatastrophe.

Dieser Ausdruck ist leider keine Übertreibung. Im Pisa-Test ging es für Deutschland zuletzt in allen Kategorien steil bergab. Die Lesekompetenz ist deutlich schlechter geworden. Die mathematischen Fähigkeiten sind schlechter geworden und auch in den Naturwissenschaften zeigt diese Statistik einen deutlichen Kompetenzverlust.

Asien hängt Europa ab ...

**Unser Land
braucht viel,
viel mehr
Tüftler und
Erfinder!**

Jörg Urban





Die ersten Plätze im Pisa-Test belegen heute asiatische Staaten. In den Naturwissenschaften gehen die Plätze eins bis fünf allesamt nach Asien. Auf Platz sechs folgt das kleine Estland, aber das erste europäische Land mit einer großen Bevölkerung ist tatsächlich Großbritannien auf Platz 14. Deutschland – das ehemals stolze Land der Dichter und Denker – steht heute im internationalen Bildungsvergleich auf Platz 22!

Das sind düstere Aussichten für unsere wirtschaftliche Zukunft. Denn im Zeitalter von Robotik und Künstlicher Intelligenz wird es vor allem auf Mathematik und Naturwissenschaften ankommen. China hat das verstanden, und nahm deshalb in den letzten Jahren eine radikale Neuausrichtung seiner Hochschulen vor. Laut „Handelsblatt“ wurden zwischen 2021 und 2025 über 12.000 Studiengänge gestrichen und dafür 10.000 neue eingeführt.

Die Tendenz dabei ist klar erkennbar: Gestrichen wurden Geistes- und Sozialwissenschaften. Stattdessen gibt es viele neue „technologieorientierte Studiengänge“, denn China möchte führend bei Halbleiter-Technologie, bei der Entwicklung von Robotern und im Bereich der Raumfahrt werden.

Schauen wir nun auf unser schönes Sachsen: Im Land von Sigmund Jähn, dem ersten Deutschen im Weltraum, gibt es auch Raumfahrt-Studiengänge. Die Möglichkeiten dazu sind an unseren Technischen Universitäten durchaus gegeben. Trotzdem findet keine klare Priorisierung statt.

Im Gegenteil: Es gibt in Sachsen knapp über 100.000 Studenten. 10.000 von ihnen studieren Geisteswissenschaften von „A“ wie Afrikanistik bis „S“ wie Sorabistik.

Hinzu kommen 35.000 angehende Juristen, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Von „Ausländerpädagogik“ an der TU Dresden bis hin zur klassischen Volkswirtschaftslehre ist hier alles dabei. Manches davon wird gebraucht, vieles aber auch nicht – vor allem nicht in dieser Größenordnung.

Die Naturwissenschaften und die Mathematik kommen hingegen insgesamt nur auf 10.000 Studenten. Angehende Ingenieure gibt es immerhin 30.000. Obwohl Sachsen eine große wissenschaftliche Tradition hat, kommen wir bei den reinen Naturwissenschaften nur auf einen Anteil von 10 Prozent aller Studenten. China kommt hier auf 40 Prozent.

Wir haben also einen deutlichen Überhang bei geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern. Begonnen hat diese Ausrichtung der Hochschulen in den 1970er-Jahren. Mit dem starken Ausbau der vergleichsweise billigen geisteswissenschaftlichen Studienfächer sollte einerseits die damalige Arbeitslosigkeit verschleiert werden. Andererseits wurden mit dem sogenannten „Marsch durch die Institutionen“ immer neue Professuren für linke Ideologen geschaffen, die so bequem auf Steuerzahlerkosten leben können.

Auf den gesellschaftlich-kulturellen Schaden, den diese Geschwätz-Wissenschaftler in unserem Land angerichtet haben, will ich an dieser Stelle gar nicht eingehen, denn fest steht, dass es für die Bildung in Deutschland fünf vor zwölf ist.

Wenn wir wirtschafts- und bildungspolitisch nicht umsteuern, zerrinnt unser Wohlstand, und auch unser Sozialstaat muss und wird dann kollabieren. Für ein rohstoffarmes Land, dessen Unternehmen im internationalen Wettbewerb stehen, ist eine Bildung auf höchstem Niveau die Grundvoraussetzung für Wirtschaftwachstum und Wohlstand. Eine lückenhafte und falsch ausgerichtete Schul- und Hochschulbildung zerstört die Zukunftschancen unseres Landes.

In anderen westlichen Staaten nimmt dieses Umdenken übrigens bereits Fahrt auf: Der Unternehmer Alexander Karp will in den USA die Herrschaft der bürokratieverliebten Juristen beenden und fordert vom Silicon Valley eine Stärkung des „Ingenieurinstinkts“ und zugleich eine „Verteidigung der Nation“.

An Deutschland gerichtet, sagte Karp vor wenigen Tagen, Deutschland müsse seine „suizidale“ Einwanderungs-, Energie- und Technologiepolitik beenden. Das möchte ich unterschreiben – mit einer Einschränkung: Wer glaubt, der Umstieg auf Rüstungsindustrie sei ein Allheilmittel für unsere Wirtschaft, der irrt sich gewaltig. Denn Rüstung wird hauptsächlich aus Steuergeldern bezahlt.

Währenddessen fließen in den nächsten fünf Jahren vermutlich 2,6 Billionen Euro an privatem Kapital in Rechenzentren und Infrastruktur für Künstliche Intelligenz.

Um von diesem Wachstum etwas abzubekommen, brauchen wir keine Soziologen, Journalisten oder Genderwissenschaftler. Wenn Deutschland das Zeitalter der Robotik und Künstlichen Intelligenz aktiv mitgestalten will, wenn Deutschland von diesen Entwicklungen wirtschaftlich profitieren will, dann brauchen wir neben günstiger Energie exzellent ausgebildete Naturwissenschaftler, Ingenieure und Informatiker. Und genau darauf müssen sich unsere staatlich finanzierten Hochschulen konzentrieren!

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/unser-land-braucht-viel-viel-mehr-tueftler-und-erfinder/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 13.7.2026

Taiwan-Flugverbindung: Prag sticht Dresden aus

Obwohl direkt neben dem Dresdner Flughafen die neue ESMC-Halbleiterfabrik des taiwanesischen Konzerns TSMC entsteht, fliegt die taiwanesische Fluggesellschaft Starlux Airlines ab 1. August per Direktverbindung von Taipeh zum Flughafen Prag.



In Tschechien soll ein Knotenpunkt („Hub“) für die Lieferkette des Konzerns entstehen. Reisende müssen die Strecke zwischen Prag und Dresden dann per Bus oder Auto bewältigen.

Das ist eine sehr bittere Niederlage für die Regierung Kretschmer und besonders für SPD-Wirtschaftsminister Dirk Panter. Warum entsteht der „Hub“ bzw. Knotenpunkt für die Lieferkette des taiwanesischen Konzerns nicht im Umfeld des Dresdner Flughafens? Warum fliegt die taiwanesische Fluggesellschaft nicht nach Dresden?

<https://afd-fraktion-sachsen.de/taiwan-flugverbindung-prag-sticht-dresden-aus/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 14.7.2026

Jörg Urban im großen Sommerinterview bei Auf1

Jörg Urban rechnet ab – mit der VW-Krise, dem Niedergang des Mittelstands, der Bürokratie, den Energiepreisen sowie den Missständen in [Bildung](#) und [Gesundheit](#).

Im großen Sommerinterview bei Martin Müller-Mertens sagt Sachsens AfD-Fraktionsvorsitzender klar, wo eine AfD-Regierung sofort eingreifen würde – und warum Sachsen aus seiner Sicht einen politischen Kurswechsel braucht.

Besonders brisant: Urban spricht offen über Russland, den Ukrainekrieg, Aufrüstung, Wehrpflicht und die Gefahr, Deutschland immer tiefer in einen großen Krieg hineinzuziehen. Seine klare Ansage: „Die Kriegsdienstpflicht darf es nicht geben“.

Sehen Sie das Sommerinterview mit Jörg Urban hier

>>> <https://auf1.tv/das-grosse-interview/sachsens-afd-chef-urban-die-kriegsdienstpflicht-darf-es-nicht-geben>

<https://afd-fraktion-sachsen.de/joerg-urban-im-grossen-sommerinterview-bei-auf1-2/>



Meinungsfreiheit verteidigen – gegen Chatkontrolle, Meldeportale, Gesinnungs-TÜV!

Die Deutschen machen sich große Sorgen um die Meinungsfreiheit in ihrem Land. Das geht aus einer neuen INSA-Umfrage hervor, bei der 61 Prozent der Befragten der Aussage zustimmten „Ich mache mir große Sorgen um die Meinungsfreiheit in Deutschland.“ Unabhängig von [Geschlecht](#), Alter, Region und politischer Selbstverortung gibt es jeweils Mehrheiten für diese Aussage.



Jörg Urban, Fraktionsvorsitzender der AfD im Sächsischen Landtag, erklärt:

„Unsere Demokratie steht und fällt mit der freien Rede. Deshalb steht sie auch so prominent im Grundgesetz und in der sächsischen Verfassung. Offenbar haben aber viele Bürger die große Sorge, dass dieses garantierte Grundrecht in Gefahr ist.“

Wer gesehen hat, wie linksextreme Antifa-Schläger kürzlich Journalisten im Umfeld des AfD-Parteitags in Erfurt durch die Straßen gehetzt haben, der kann diese Sorge verstehen. Hinzu kommen Chatkontrolle, Denunziationsportale, angedrohte Parteiverbote – die Meinungsfreiheit wird in Deutschland aktuell von vielen Seiten bedroht.

Wir fordern deshalb die Abschaffung aller Meldestellen für Meinungsdelikte und die Abschaffung des Straftatbestandes der sogenannten Politikerbeleidigung. Die sächsische Regierung fordern wir darüber hinaus auf, den Missbrauch des Verfassungsschutzes als Gesinnungspolizei zur Einschüchterung kritischer Bürger zu beenden.

CDU-Innenminister Armin Schuster missbraucht sein Amt, um die AfD zu bekämpfen. Das allein ist ein Verstoß gegen das Grundgesetz. Hinzu kommt nun jedoch, dass bereits ein mehrmaliger Besuch auf AfD-[Veranstaltungen](#) und das Überlassen von Räumen an die AfD ausreichen sollen, um zum Objekt eines staatlichen Gesinnungs-TÜVs zu werden. Diese Blockwart-Mentalität ist inakzeptabel.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/meinungsfreiheit-verteidigen-gegen-chatkontrolle-meldeportale-gesinnungs-tuev/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 15.7.2026

CDU-Energiepolitik: Torgaus größter Arbeitgeber Mercer muss Belegschaft halbieren

Das holzverarbeitende Unternehmen Mercer Torgau hat angekündigt, bis zu 350 Stellen streichen zu wollen. Damit würde sich die Belegschaft des größten Arbeitgebers der Region fast halbieren.

Der AfD-Landtagsabgeordnete Tobias Heller, in dessen Wahlkreis Torgau liegt und der dort direkt gewählt wurde, kommentiert die Entlassungspläne des Unternehmens:

„Das ist ein harter Schlag für die Mitarbeiter, ihre Familien und die gesamte Region. Wenn Mercer als Torgaus größter Arbeitgeber seine Belegschaft fast halbiert, dann hat das große negative Folgen für die gesamte Gegend. Als Landtagsabgeordneter erwarte ich von der Mercer-Geschäftsführung, dass sie ihrer Verantwortung gerecht wird und ihre Mitarbeiter beim Übergang in neue Jobs maximal unterstützt. Die sächsische Regionaldirektion der Agentur für Arbeit fordere ich auf, die 350 Mitarbeiter von Mercer möglichst schnell wieder in Arbeit zu bringen.“



Das holzverarbeitende Unternehmen Mercer Torgau ist nicht das erste Unternehmen in Sachsen, das vor den hohen Rohstoff- und Energiekosten in die Knie geht. Tatsächlich gehen täglich sächsische Unternehmen pleite, weil sie die hohen [Energie](#)-, Material- und Personalkosten nicht mehr tragen können. Das ist eine direkte Folge der [wirtschafts](#)feindlichen Politik der CDU-Bundesregierung unter Friedrich Merz und der sächsischen CDU-Landesregierung unter Michael Kretschmer.

Die [Energiewende](#) der CDU, die hauptsächlich auf Strom aus [Windrädern](#) und Solaranlagen setzt, hat die [Energie](#) in Deutschland extrem teuer und unzuverlässig gemacht. Hinzu kommt die CO2-Besteuerung. Deshalb versuchen die Unternehmen beim Personal zu sparen oder fliehen ins Ausland. Natürlich spielt auch die überbordende Bürokratie, mit der die Unternehmen in Deutschland belastet werden, eine wesentliche Rolle. Beides – teure [Energie](#) und immer mehr Bürokratie – hat in Sachsen die CDU-Regierung unter Michael Kretschmer zu verantworten. In den vergangenen Monaten waren der VW-Konzern und große Chemie-Unternehmen, die ihre Standorte in Sachsen schließen wollen, Thema in den Medien. Viele Unternehmen werden noch folgen, wenn es nicht endlich zu einem Politikwechsel kommt.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/cdu-energiepolitik-torgaus-groesster-arbeitgeber-mercer-muss-belegschaft-halbieren/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 16.7.2026

US-Dollar nur für linke NGOs? Trump-Förderung sichert Meinungsfreiheit!

Das US-Außenministerium hat eine Ausschreibung in Höhe von bis zu drei Millionen Dollar veröffentlicht, bei der sich rechte europäische Organisationen bewerben können, die sich für



Für Meinungsfreiheit,
gegen staatliche Zensur!



Meinungsfreiheit, „demokratische Widerstandsfähigkeit“, das „zivilisatorische Selbstbewusstsein Europas“ und „Herausforderungen in den Bereichen nationale Souveränität, Migration, Zensur“ einsetzen. Bewerben können sich Denkfabriken, gemeinnützige Organisationen, öffentliche und private Bildungseinrichtungen und Einzelpersonen. Bundeskanzler Friedrich Merz kritisierte die geplante Förderung bei seiner Sommerpressekonferenz am Mittwoch und befürchtet Einflussnahme auf deutsche Wahlen.

Jörg Urban, Fraktionsvorsitzender der AfD im Sächsischen Landtag, erklärt dazu:

„Die Open Society Foundations von George Soros, die Gates Foundation von Bill und Melinda Gates, die Ford Foundation, die Goldman Environmental Foundation, der Growald Climate Fund und viele weitere US-Stiftungen, -Thinktanks und vermögende Einzelpersonen sind seit Jahren in Deutschland unterwegs, um linksliberale bis linksradikale Polit- und Medien-Projekte mit Millionen US-Dollar zu finanzieren. Meistens stehen sie den linken US-Demokraten nah und wollen die Öffentlichkeit in Deutschland in ihrem Sinn beeinflussen. Die deutsche SPD pflegt enge Kontakte zu den US-Demokraten. Bekannte SPD-Politiker haben im Wahlkampf Stimmung gegen den heutigen US-Präsidenten Trump gemacht. Das ist allseits bekannt und scheint Bundeskanzler Friedrich Merz nicht besonders zu stören.

Antifa-Schläger, Chatkontrolle, Denunziationsportale, angedrohte Parteiverbote – die Meinungsfreiheit wird in Deutschland und Europa aktuell von vielen Seiten bedroht. Wenn die US-Regierung unter Trump konservative Organisationen in Europa fördern will, dann ist das zu begrüßen. Unsere Demokratie lebt von Öffentlichkeiten, in denen sich alle gleichberechtigt zu Wort melden können. Die US-Förderung für konservative Organisationen und Personen kann dabei helfen, die Meinungsfreiheit in Europa zu schützen und wieder ein Gleichgewicht der demokratischen Kräfte zu schaffen. Wichtig ist dabei, dass alle geförderten Personen und Organisationen – sowohl linke als auch rechte – transparent auf die Förderung hinweisen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/us-dollar-nur-fuer-linke-ngos-trump-foerderung-sichert-meinungsfreiheit/>

Dresdner „Allahu-Akbar“-Schützen verurteilen und abschieben

Mit einer Schusswaffe und „Allahu Akbar“-Rufen hat ein Mann am Mittwoch einen Polizeieinsatz in der Dresdner Friedrichstadt ausgelöst. Es kam zu einem Schusswechsel mit Beamten, die den 41-Jährigen verletzten und festnahmen.

Sebastian Wippel, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag, erklärt:

„Sollte es sich bestätigen, dass es sich um eine Schusswaffe der Marke Eigenbau handelt, spricht es sehr dafür, dass der Täter nicht aus spontaner emotionaler Reaktion gehandelt hat, sondern seine Tat möglicherweise länger geplant hat. Der ‚Allahu-Akbar‘-Schütze, der Menschen bedroht hat und Polizisten töten wollte, gehört hart verurteilt und sollte nach der Haft schnellstens in die Türkei abgeschoben werden. Diese Art Einwanderer ist dem deutschen Volk nicht länger zuzumuten.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/sebastian-wippel-dresdner-allahu-akbar-schuetzen-verurteilen-und-abschieben/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 17.7.2026

Deutsche Grenzkontrollen weiter ausbauen

EU-Migrationskommissar Magnus Brunner fordert gegenüber der dpa das Ende der deutschen Grenzkontrollen. Angeblich würden, so Brunner, die EU-Außengrenzen nun besser geschützt und deshalb brauche es keine innereuropäischen Grenzkontrollen mehr.



Illegale Einreisen verhindern,
Schleuser festnehmen,
Haftbefehle vollstrecken!



Jörg Urban, Fraktionsvorsitzender der AfD im Sächsischen Landtag, widerspricht Brunner und erklärt:

„Die von der AfD geforderten Kontrollen an den deutschen Grenzen waren und sind erfolgreich: Die Zahl der illegalen Einreisen nach Deutschland ist deutlich gesunken und allein im ersten Halbjahr 2026 wurden rund 13.900 Personen direkt an den deutschen Grenzen zurückgewiesen. Die permanenten Kontrollen führten zur Festnahme Hunderter Schleuser sowie zur Vollstreckung Tausender offener Haftbefehle.“

Der Erfolg dieser Grenzkontrollen gibt der AfD Recht. Dabei geht es auch darum, die unerlaubte Weiterreise von Asylbewerbern, beispielsweise von Spanien und Italien nach Deutschland, zu unterbinden. Wie oft wurde zuvor behauptet, eine Kontrolle der Grenzen sei gar nicht möglich. Das hat die AfD nie akzeptiert und immer wieder deutsche Grenzkontrollen gefordert. Denn wer seine Grenzen nicht schützt, der muss dann seine Weihnachtsmärkte, Parks, Bahnhöfe und Innenstädte schützen. Die Folgen dieser verfehlten Politik von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen müssen die Deutschen bis heute ausbaden. Das haben wir gerade wieder am Mittwoch dieser Wochen gesehen, als drei schwere Fälle von Migrantengewalt Deutschland erschütterten. Die erfolgreichen



deutschen Grenzkontrollen dürfen nicht abgeschafft, sondern sollten weiter ausgebaut werden.“
<https://afd-fraktion-sachsen.de/deutsche-grenzkontrollen-weiter-ausbauen/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. ☞

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Skandalöse Einschüchterung der stärksten politischen Kraft

Kurz vor den Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern greift der Inlandsgeheimdienst zu Methoden, die an die dunkelsten Zeiten der deutschen Geschichte erinnern. Zwei Agenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz lauerten einem einfachen AfD-Mitglied direkt an dessen Wohnhaus auf, um einen offenen Einschüchterungsversuch zu starten. AfD-Landesgeneralsekretär Dario Seifert warnt in einem dringenden Rundbrief vor einer massiven Häufung dieser geheimdienstlichen Übergriffe in den vergangenen Tagen - und verurteilt diese gezielten Zersetzungsmethoden gegen die stärkste politische Kraft auf das Schärfste.

Diese unerträglichen Einschüchterungsversuche zeigen, dass die Herrschenden vor dem völligen Machtverlust stehen und die Demokratie gerade eigenhändig abschaffen. In keiner echten westlichen Demokratie wird ein Inlandsgeheimdienst als Werkzeug missbraucht, um die Mitglieder der stärksten politischen Kraft zu bespitzeln, einzuschüchtern oder anzuwerben. Wer staatliche Behörden zur Bekämpfung des politischen Gegners einsetzt, führt Deutschland auf direktem Weg in einen totalitären Gesinnungsstaat, in dem Abweichler systematisch zersetzt werden.

Wir weichen keinen Zentimeter vor diesem staatlichen Terror zurück und fordern die sofortige, lückenlose parlamentarische Aufklärung dieser Machenschaften.. Der Missbrauch des Verfassungsschutzes zur Absicherung der eigenen Pfründe muss sofort gestoppt werden. Die Wähler werden diesen nackten Machtmissbrauch am Wahltag mit dem Stimmzettel bestrafen.
<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1552308986264744&set=a.797289411766709>

Spahns Umgehung der deutschen Gesetzeslage

„Nach Hendrik Streeck verkündet nun mit Jens Spahn ein weiterer, mit einem Mann verheirateter, hochrangiger CDU-Politiker in irritierender Weise in die bundesdeutsche Öffentlichkeit, Vater geworden zu sein.

Dabei lässt er bewusst unerwähnt, dass der von ihm gewählte Weg der Leihmutterschaft in Deutschland gesetzlich verboten ist. Auch zu seiner diesbezüglichen Positionierung während seiner Zeit im Amt des Gesundheitsministers schweigt sich Spahn aus.

Stattdessen spricht Spahn in vernebelnder Absicht von in Deutschland gegenüber Leihmutterschaften existenten Vorurteilen. Damit kopiert er die klassisch-kulturkämpferische Vorgehensweise der politischen Linken.

Spahn legt mit seinem Verhalten nicht nur offen, wie unglaublich er ist und wie wenig ihm die Rechte von Frauen und Kindern wert sind. Er zeigt zugleich ohne Hemmung, dass in Deutschland



geltende Rechtsnormen für ihn selbst keine Richtschnur darstellen.

Das ist für einen Spitzenfunktionär der Christdemokraten mehr als erbärmlich und zeigt, wie wenig staatspolitischer Geist in der Union noch vorhanden ist.“

Martin Reichardt, bildungs- und familienpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, zu Jens Spahns Bekanntgabe, Vater eines Sohnes geworden zu sein.

Die AfD-Bundestagsabgeordnete **Birgit Bessin**, Mitglied im Ausschuss für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, ergänzt:

„Bereits mehrfach haben wir klargemacht, dass das Verbot der Leihmutterschaft in Deutschland nicht gelockert werden darf.

Wir fordern zudem auch für Deutschland, dass Leihmutterschaft nicht nur im Inland verboten bleiben muss, sondern der Bundestag zusätzlich die Inanspruchnahme im Ausland nach italienischem Vorbild unter Strafe stellen muss und damit ein klares Signal gegen die Kommerzialisierung des menschlichen Lebens setzt.“

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1588302972658894&set=a.818190173003515>



Ein Geheimdienst, der löschen und lancieren darf, wird zur Gefahr für die Demokratie!

„Was unter dem Deckmantel der Sicherheit als notwendige Modernisierung verkauft wird, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als nichts anderes als der Aufbau eines digitalen Überwachungsstaates. Mit dem von Bundesinnenminister Dobrindt vorgelegten Referentenentwurf droht eine historische Verschiebung der Machtbalance zwischen Staat und Bürgern. Der Verfassungsschutz soll von einem beobachtenden Nachrichtendienst zu einem verdeckt operierenden Akteur werden – mit tiefgreifenden Eingriffsbefugnissen in das Privatleben aller Bürger.

Unter dem Etikett ‚Schutzmaßnahmen‘ erhält der Verfassungsschutz Befugnisse, Datenströme zu unterbrechen, umzuleiten oder zu verändern, gespeicherte Informationen zu löschen oder zu verfälschen und ‚falsche Informationen‘ in Kommunikationsprozesse einzuspeisen. Damit kann der Staat Kommunikationsverläufe auf Handys und Computern nachträglich verändern – mit der Folge, dass jeder Bürger und jede Partei durch manipulierte Spuren zum vermeintlichen Täter gemacht werden kann. Wer die Daten kontrolliert, kontrolliert die Wahrheit – und wer die Wahrheit kontrolliert, kontrolliert die Menschen.

Der Entwurf eröffnet dem Verfassungsschutz zudem ausdrücklich die Möglichkeit, Jugendliche ab 16 Jahren als ‚Vertrauenspersonen‘ anzuwerben – faktisch als bezahlte Spitzel. Ein Staat, der Minderjährigen nicht einmal die eigenverantwortliche Nutzung sozialer Medien zutraut, hält sie zugleich für reif genug, gegen Freunde, Mitschüler und Eltern zu spitzeln. Wer Kinder zu Informanten macht, gewöhnt ganze Generationen an Überwachung – nicht an Freiheit.

Ein Nachrichtendienst, der lügen, löschen und lancieren darf, wird vom Frühwarnsystem der Demokratie zum Architekten einer totalitären Realität. Die AfD-Fraktion wird sich diesem Vorhaben entschieden entgegenstellen.“

[Dr. Christian Wirth, MdB](#), Mitglied im Innenausschuss des Bundestags, zum Referentenentwurf zur Reform des Nachrichtendienstrechts.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1586705872818604&set=a.818190173003515>

CSU will fehlende Integration durch KI ersetzen

In Bayern treiben die CSU und die Freien Wähler den Einsatz von KI-gestützten Übersetzungen für Flüchtlinge voran. Ein entsprechender Antrag wurde im Wirtschaftsausschuss beraten und gegen das Votum der AfD angenommen. Da viele im Land lebende Menschen der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, soll ein neues Übersetzungstool angeschafft werden, um die Kommunikation mit Behörden zu ermöglichen und deren Effizienz zu steigern.

Diese Maßnahme offenbart das Scheitern der etablierten Politik. Wenn der Staat fehlende Deutschkenntnisse dauerhaft technisch kompensiert, senkt er den Integrationsdruck und fördert

Parallelstrukturen. In Bayern steht die Abkürzung KI somit längst für eine „künstliche Integration“ anstelle von künstlicher Intelligenz. CSU und Freie Wähler betreiben damit Klientelpolitik für Milieus, die eine sprachliche und kulturelle Anpassung ablehnen.



Der stellvertretende AfD-Sprecher Richard Graupner warnt vor einer „Kapitulation statt Integration“. Die deutsche Amtssprache ist keine beliebige Serviceleistung, sondern Ausdruck staatlicher Hoheit, Rechtsklarheit und Selbstachtung. Wir fordern, dass Deutsch die alleinige und verbindliche Amtssprache bleibt. Wer dauerhaft hier lebt, muss unsere Sprache lernen und sich in unsere staatliche Ordnung einfügen, statt sich auf technische Hilfsmittel zu verlassen.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1552062232956086&set=a.797289411766709>



Wann ist es genug???

Ruhpolding: "Afghane jagt Kindergruppe mit Messer". Trier: "Afghane tötet Deutschen (23) auf offener Straße bei Messerangriff". Jeden Tag die gleichen Schlagzeilen in ganz Deutschland - und die CDU unternimmt dagegen nichts. Wann ist es genug? Zeit für die AfD!

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1551560086339634&set=a.797289411766709>

Deutschland braucht endlich eine echte Steuerwende!

„Der Steuerzahlergedenktag ist Jahr für Jahr ein deutliches Warnsignal für Deutschland. Die Bürger arbeiten fast sieben Monate im Jahr, bevor sie ihr Einkommen tatsächlich für sich und ihre Familien verwenden können. Mehr als die Hälfte des erwirtschafteten Geldes verschwindet in Steuern und Abgaben. Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer verfehlten Politik der Altparteien, insbesondere der Union und SPD, die den Staat immer weiter ausgeweitet und die Belastung der Bürger stetig erhöht haben. Auch die aktuelle Bundesregierung setzt diese Politik fort, anstatt die Menschen endlich spürbar zu entlasten.

Während Arbeitnehmer, Familien und der Mittelstand mit steigenden Kosten kämpfen, hält die Bundesregierung an hohen Ausgaben, überbordender Bürokratie und einer immer größeren Abgabenlast fest. Wer Leistung erbringt, darf nicht länger derjenige sein, der am stärksten belastet wird.

Deutschland braucht endlich eine echte Steuerwende. Dazu gehören aus Sicht der AfD-Fraktion eine deutliche Senkung der Einkommensteuer, die vollständige Abschaffung der kalten Progression und eine nachhaltige Entlastung bei den Sozialabgaben.

Der Staat muss wieder lernen, mit den Einnahmen auszukommen. Die Menschen brauchen mehr Freiheit über ihr eigenes Einkommen und nicht immer neue Belastungen durch eine Politik, die den Bürger zunehmend als Finanzierungsquelle betrachtet.“



Kay Gottschalk, finanzpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, zum heutigen Steuerzahlergedenktag. Nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler liegt die Belastungsquote aus Steuern und Abgaben in Deutschland bei 53,1 Prozent. Von einem verdienten Euro bleiben den Bürgern damit nur 46,9 Cent zur freien Verfügung. Rein rechnerisch arbeiten die Menschen somit bis Mitte Juli ausschließlich für den Staat.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1585080046314520&set=a.818190173003515>



307.000 Arbeitslose eingebürgert!

Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Nach einer Sonderauswertung der Bundesagentur für Arbeit im Auftrag des AfD-Abgeordneten René Springer besitzen 52,6 Prozent der fast drei Millionen Erwerbslosen ausländische Wurzeln. Besonders brisant ist, dass 307.601 dieser Arbeitslosen deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund sind. Jeder sechste arbeitslose Deutsche wurde somit eingebürgert. Die Arbeitslosenquote unter den Eingebürgerten liegt bei über zehn Prozent, während sie bei deutschen Staatsbürgern ohne Migrationshintergrund lediglich 3,8 Prozent beträgt.

Diese Zahlen widerlegen die Behauptungen der etablierten Politik. SPD-Politikerin Bärbel Bas behauptete, es gebe keine Einwanderung in die Sozialsysteme. Die Realität zeigt das Gegenteil: Die ungesteuerte Migrationspolitik der vergangenen Jahre belastet den Sozialstaat massiv. Anstatt qualifizierte Fachkräfte anzuziehen, wurden im großen Stil zukünftige Sozialfälle eingebürgert. Die Zeche für diese Fehlentwicklungen zahlen die

einheimischen Steuer- und Beitragszahler, während die gesetzlichen Vorgaben zur Sicherung des Lebensunterhalts bei Einbürgerungen offensichtlich missachtet werden.

Wir fordern einen sofortigen Stopp der aktuellen Einbürgerungspraxis. Der deutsche Pass darf nicht am Ende einer gescheiterten Integration stehen, sondern muss das Ergebnis einer erfolgreichen wirtschaftlichen Unabhängigkeit sein. Grenzen müssen konsequent geschützt und unqualifizierte Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme unterbunden werden.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1551307026364940&set=a.797289411766709>

Migrationswende JETZT!

Eine aktuelle, repräsentative Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Ipsos UK offenbart die tiefe Skepsis der deutschen Bevölkerung gegenüber der aktuellen Asylpraxis. Demnach fordern 51 Prozent der Deutschen eine vollständige Schließung der Grenzen für Flüchtlinge. Ganze 62 Prozent der Befragten sind zudem überzeugt, dass die meisten Einreisenden unser Sozialsystem ausnutzen wollen oder aus rein wirtschaftlichen Gründen kommen. Ebenfalls 62 Prozent glauben nicht an eine erfolgreiche Integration, und eine Mehrheit von 54 Prozent sieht im Zuzug keinerlei positiven Beitrag für das eigene Land.



Diese Zahlen verdeutlichen das massive Misstrauen der Bürger in die bestehenden Asylsysteme und zeigen, dass die Realität die herrschenden politischen Illusionen längst eingeholt hat. Die Menschen spüren die tägliche Belastung in den Kommunen, die Überforderung der Schulen und den zunehmenden Druck auf die sozialen Sicherungssysteme. Wer diese Sorgen weiterhin ignoriert oder als unbegründet abtut, handelt verantwortungslos gegenüber der eigenen Bevölkerung, die die Lasten dieser verfehlten Politik tragen muss.

Es braucht jetzt eine radikale Migrationswende als überfällige Maßnahme statt leerer Versprechungen. Die Grenzen müssen wir endlich schließen und ungerechtfertigte Sozialleistungen stoppen. Nur durch eine konsequente Abschiebeoffensive und eine geordnete Remigration schützen wir unsere Heimat dauerhaft.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1551185529710423&set=a.797289411766709>



CDU macht Deutschland zum Spitzenreiter

Deutschland steht an der Spitze der finanziellen Belastung. Unter der CDU-geführten Bundesregierung von Kanzler Friedrich Merz ist das Land mittlerweile trauriger Spitzenreiter bei den Benzin- und Zigarettenpreisen sowie bei der gesamten Abgabenlast für die Bürger. Die beschlossenen Preiserhöhungen bis zum Jahr 2030 treiben die Lebenshaltungskosten für Millionen von Menschen unaufhaltsam in die Höhe und belasten den mobilen Alltag der arbeitenden Bevölkerung massiv.

Diese unerträgliche Politik belastet einseitig die Leistungsträger unserer Gesellschaft, während die politische Führung an keiner Stelle echte Sparsamkeit zeigt. Anstatt die eigenen Bürger spürbar

zu entlasten, wirft die schwarz-rote Koalition weiterhin unzählige Steuermilliarden für unkontrollierte Migration, die gescheiterte Energiewende und fragwürdige Entwicklungshilfe im Ausland aus dem Fenster. Die arbeitende Mitte zahlt den Preis für diese verfehlte Prioritätensetzung.

Die Alternative für Deutschland fordert eine sofortige, spürbare Kehrtwende in der Steuer- und Energiepolitik. Die künstliche Verteuerung von Benzin und die ständigen Abgabenbelastungen müssen umgehend gestoppt werden. Steuergelder gehören für die eigenen Bürger verwendet und nicht für ideologische Projekte in aller Welt. Nur mit einer vernunftgeleiteten Politik der AfD erhält die fleißige Bevölkerung endlich die finanzielle Entlastung, die sie verdient.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1550477226447920&set=a.797289411766709>

Überwachungsstaat der CDU stoppen!

Ein neuer Referentenentwurf von Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) sieht vor, dass der Inlandsgeheimdienst künftig private Wohnungen heimlich betreten und auf IT-Systeme zugreifen darf. Datenströme sollen unterbrochen, umgeleitet oder gelöscht werden können, ohne dass Betroffene zwingend davon erfahren. Besonders brisant ist die geplante Neuerung, dass der Verfassungsschutz künftig sogar Jugendliche ab 16 Jahren als V-Leute einsetzen will.

Diese Pläne greifen die Grundrechte der Bürger frontal an und etablieren Methoden, die an ein System der Totalüberwachung erinnern. Wenn eine Behörde heimlich in Wohnungen eindringt, Daten verfälscht und Minderjährige als Spitzel rekrutiert, ist die Grenze zum Unrechtsstaat überschritten. Die geplante nachträgliche Kontrolle bei Eilentscheidungen hebt den Schutz der Bürger völlig aus und öffnet staatlicher Willkür Tür und Tor.



Wir als AfD fordern den sofortigen Stopp dieses Entwurfs, da wir den Aufbau eines solchen Geheimdienst-Apparats entschieden ablehnen. Inlandsnachrichtendienste dürfen in einer Demokratie nicht als politisches Werkzeug gegen unliebsame Meinungen missbraucht werden – die staatliche Überwachung muss sich auf konkrete Straftaten beschränken, anstatt kritische

Bürger zu kontrollieren.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1550337393128570&set=a.797289411766709>



Steuern und Abgaben sofort senken!

Die Abgabenlast in Deutschland steigt im Jahr 2026 auf astronomische 53,1 Prozent. Ein durchschnittlicher Arbeitnehmerhaushalt muss von einem Gesamteinkommen von 8139 Euro monatlich 4325 Euro an den Staat und die Sozialkassen abführen. Für Singles liegt die Belastungsquote sogar bei brutalen 54 Prozent. Preistreiber sind vor allem die steigenden Krankenkassenbeiträge, höhere Stromumlagen und die auf 60 Euro je Tonne erhöhte CO₂-Abgabe.

Diese Rekordbelastung ist die direkte Folge der unsozialen Politik von CDU und SPD unter Bundeskanzler Merz (CDU) und Finanzminister Klingbeil (SPD). Schwarz-Rot presst die

Leistungsträger schamlos aus, während das erwirtschaftete Geld der Bürger in ineffizienten Systemen versickert. Im internationalen Vergleich belegt Deutschland mittlerweile den beschämenden zweiten Platz bei der Abgabenlast. Andere Staaten zeigen, dass es anders geht: In der Schweiz liegt die Belastung für Familien bei lediglich 20 Prozent, während hierzulande die Mittelschicht systematisch schrumpft.

Wir fordern eine radikale Kehrtwende in der Finanzpolitik. Die Abgabenlast für alle Bürger muss dauerhaft unter die 50-Prozent-Marke gedrückt werden. Die ungerechte CO₂-Abgabe ist sofort abzuschaffen, und die Mittelschicht braucht echte, spürbare Entlastungen statt kosmetischer Korrekturen. Nur mit einer starken Opposition gibt es wieder Gerechtigkeit für die arbeitende Bevölkerung.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1549572773205032&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

Warum es kein Skandal ist, dass Chrupalla die DDR-Hymne singt

<https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2026/warum-es-kein-skandal-ist-dass-chrupalla-die-ddr-hymne-singt/>

CDU will an Verbot für Leihmutterschaft festhalten

<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-07/leihmutterschaft-jens-spahn-cdu-usa-verbot>



Video-Empfehlungen

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNg/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>

Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

Kontrafunk – Die Stimme der Vernunft

<https://kontrafunk.radio/de/>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

**Karsten Hilse, MdB**

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL

instagram.com/doreenschwietzer_afd

www.doreen-schwietzer.de

t.me/schwietzer

twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53

www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz

instagram.com/ja_oberlausitz

www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz

t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen

www.facebook.com/AfDstadtbautzen/

www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda

www.afd-hoyerswerda.de/

www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/

www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda

www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz

www.facebook.com/AfDOberlausitz

www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw

t.me/oliverhelbing

www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde

www.afd-cunewalde.de/



Regionalgruppe Bischofswerda

www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz

www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004

www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg

www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen